

Human Rights in Sport – Sport as a Human Right?

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen und deren Einfluß auf die Politik des Internationalen Olympischen Komitees von 1948–1984

Von Michael Reiter

Der russische Schwarzmeerküstenort Sochi bringt das Thema Menschenrechte im sportlichen Feld in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Der Austragungsort der XXII. Olympischen Winterspiele steht im Grunde seit seiner Wahl zum Veranstaltungsort am 4. Juli 2007 in Guatemala City in der internationalen (medialen) Kritik. War diese zunächst auf die Tatsache gerichtet, daß mit Sochi erstmals ein in einer subtropischen Klimaregion gelegener Ort Olympische Winterspiele austragen würde, verschob sich die Kritik im Laufe der Jahre zunehmend auf menschenrechtsbezogene Themen.

Menschenrechte und Sport: Sochi 2014 – ein aktueller Bezug

Internationale Menschenrechtsorganisationen wie etwa Amnesty International oder Human Rights Watch kritisierten die von der russischen Regierung erzwungenen Umsiedlungen von mehreren Tausend Familien, die den Bauprojekten für die Winterspiele in Sochi und Umgebung weichen mußten ebenso wie die miserablen Arbeitsbedingungen von mehr als 70000 Wanderarbeitern auf den Olympia-Baustellen. Auch die massiven Eingriffe in die Umwelt in der Region rund um Sochi sorgten für anhaltende Kritik von Umweltschutzorganisationen. Ein weiterer, schwerwiegender Kritikpunkt kam am 29. Juni 2013 mit Präsident Vladimir Putins Unterzeichnung des »Gesetzes gegen Homosexuellenpropaganda« hinzu.¹ Dieses Gesetz verletzt neben der UN-Menschenrechtscharta auch eindeutig das sechste *Fundamental Principle* der Olympischen Charta:

»Any form of discrimination with regard to a country, or a person on grounds of race, religion, politics, gender or otherwise is incompatible with belonging to the Olympic Movement.«²

Trotz massiver Kritik von Menschenrechtsorganisationen, der internationalen Presse und zahlreicher Politikerinnen und Politikern weltweit, hielt sich das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Bezug auf die Vorwürfe gegenüber Sochi beziehungsweise Rußland weitestgehend zurück. Auch das offensichtliche Zuwiderhandeln die Olympische Charta betreffend schien für das IOC kein ausreichender Grund, ernsthafte Konsequenzen und/oder Sanktionen, in welcher Form auch immer, den Veranstaltern auch nur anzudrohen. Und das, obwohl das IOC seit Mitte der neunziger Jahre um eine sehr aktive Politik in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte (wie sie der UN-Deklaration von 1948 entsprechen³) beziehungsweise um die strukturelle Vernetzung von Menschenrechten und Sport auf internationaler Ebene bemüht scheint.

Das Internationale Olympische Komitee – ein Vertreter von Menschenrechten?

So wurde etwa vom IOC die Ausübung von Sport als Menschenrecht in die Olympische Charta von 1996 als achties *Fundamental Principle* aufgenommen: »The practice of sport is a human right. Every individual must have the possibility of practicing sport in accordance with his or her needs.«⁴

Im selben Jahr startete die Zusammenarbeit des IOC mit dem United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). Ge-

meinsam arbeiten diese beiden Organisationen daran, unter der Bezeichnung *Development through sport – Humanitarian assistance through sport* Sportprojekte verschiedenster Art in Flüchtlingslagern auf der ganzen Welt zu realisieren. Parallel zu den laufenden dauerhaften Projekten unterstützt das IOC auch mittels Sofortmaßnahmen Menschen, die von Krieg oder Naturkatastrophen betroffen sind, mit der Spende von Erste Hilfe- und Sport-Artikeln. Dabei sind auch die Nationalen Olympischen Komitees (NOCs) der betroffenen Staaten mit eingebunden. Daneben werden das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Internationale Rote Kreuz (ICRC) vom Internationalen Olympischen Komitee unterstützt. Der Sport soll laut IOC dabei helfen, eine sicherere, wohlhabendere und friedlichere Gesellschaft zu schaffen.⁵ Im Jahr 2001 wurde zudem unter der Führung des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan das *United Nations Office on Sport for Development and Peace (UNOSDP)* gegründet. Es hat seinen Sitz in Genf, eine Verbindungsstelle in New York und unterstützt den *Special Adviser to the United Nations Secretary-General on Sport for Development and Peace* in seinen weltweiten Aktivitäten als Vertreter und Vermittler für den sozialen Einfluß des Sports im Kontext der Entwicklungshilfe.⁶

Auch wenn das IOC selbst auf die Wichtigkeit dieser Kooperationen und Projekte mit den Vereinten Nationen und internationalen Hilfsorganisationen hinweist, scheinen Menschenrechte beziehungsweise die Wahrung selbiger keinen großen Einfluß auf



Hauptquartier des United States Olympic Committee in Colorado Springs. Das USOC schloß Tommie Smith und John Carlos nach deren demonstrativer Geste bei der Siegerehrung für den 200-Meter Lauf in Mexiko City aus der olympischen Mannschaft aus. Bild: wikimedia

die Sportpolitik der Olympische Bewegung zu haben. Dies läßt sich vor allem für die Vergabepolitik der Olympischen Spiele zeigen. Denn bei dieser nach wie vor weitgehend intransparenten Angelegenheit spielen Menschenrechtskriterien offensichtlich nach wie vor keinerlei Rolle. Sochi ist dabei nur das (vorläufig) letzte Kapitel einer langen Reihe von Beispielen. Davor rief etwa die Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 an Peking kritische Stimmen hervor. Hier betrafen viele der zahlreichen Kritikpunkte die Menschenrechtssituation in China. Und auch in diesem Fall übte das IOC keine Kritik, zog scheinbar keinerlei Konsequenzen, sondern stärkte vielmehr dem Austragungsort den Rücken.

Streng betrachtet muß man dem Internationalen Olympischen Komitee sogar vorwerfen, selbst die Menschenrechte, so wie diese in der UN-Deklaration von 1948 verankert sind, zumindest während der Austragung von Olympischen Spielen, in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit zu verletzen und außer Kraft zu setzen. Denn in Regel 50 der Olympischen Charta steht geschrieben: »Jede Demonstration oder politische, religiöse oder rassische Propaganda ist an den olympischen Stätten, Austragungsorten oder in anderen olympischen Bereichen untersagt.«⁷ Diese Aussage steht in klarem Widerspruch zum Artikel 19 der UN-Menschenrechtsdeklaration, welcher besagt: »Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informa-

tionen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.«⁸

All die bislang hier angeführten Beispiele und Ereignisse beziehen sich auf die Gegenwart beziehungsweise die jüngere Vergangenheit. Daß sich aber das gesellschaftliche Teilsystem Sport allgemein, und die Olympische Bewegung, beziehungsweise das Internationale Olympische Komitee, im Speziellen, seit Jahrzehnten mit der Thematik Menschenrechte auseinandersetzen muß, möchte ich in weiterer Folge kurz ausführen und in meiner Dissertation *Human Rights in Sport – Sport as a Human Right. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen und deren Einfluss auf die Politik des Internationalen Olympischen Komitees von 1948 bis 1984* vertiefend analysieren.

Die Olympischen Sommerspiele Mexiko City 1968 und Moskau 1980 betrachtet aus menschenrechtlichem Kontext

Einen wichtigen Ausgangspunkt stellt für meine Analyse das Jahr 1968 dar. Die aufgrund von innenpolitischen Unruhen instabile Lage in Mexiko sorgte im Vorhinein für Aufregung um die Austragung der Olympischen Sommerspiele in Mexiko City.⁹ Dieses Sportgroßereignis stellt aber wegen des »Black Power Protests« der US-amerikanischen Athleten Tommie Smith und John Carlos bei der Siegerehrung des 200-Meter-Sprints einen wichtigen Höhepunkt in der gemeinsamen Geschichte von Menschenrechten und Sport dar. Sie können als erster großer, medial weit verbreiteter Menschenrechtsprotest auf dem sportlichen Feld gese-

hen werden. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Nichtregierungsorganisation *Olympic Project for Human Rights* (OPHR).¹⁰ Dieser 1966/67 in den USA von farbigen Menschen- und Bürgerrechtsaktivisten gegründete Nichtregierungsorganisation gelang es durch die farbigen Sprinter Tommie Smith und John Carlos, beide Mitglieder des OPHR, das Thema Rassendiskriminierung in den USA bei der Siegerehrung des 200-Meter-Sprints in Mexiko City praktisch vor den Augen der ganzen (sportlichen) Welt in den Mittelpunkt zu rücken. Die zentralen Punkte des OPHR waren:

- 1) Die Aberkennung der Titel Muhammad Alis rückgängig zu machen.
- 2) Avery Brundage als Vorsitzenden des Nationalen Olympischen Komitees der USA (USOC) zu ersetzen.
- 3) Südafrika und Rhodesien aufgrund ihrer Apartheidpolitik von den Olympischen Spielen in Mexiko City auszuladen.¹¹

Das Nationale Olympische Komitee der USA und das Internationale Olympische Komitee reagierten streng auf den Protest von Smith und Carlos. Beide wurden vom USOC aus der olympischen Mannschaft geworfen und vom IOC aus dem Olympischen Dorf verwiesen. Dennoch zeigten Sportler anderer Nationen ihre Solidarität, wie etwa der 200-Meter-Silbermedaillengewinner aus Australien Peter Norman oder die kubanische Sprintstaffel, die ebenfalls Silber in Mexiko City gewann. Aus dem US-Lager gab es, trotz Ausschlussdrohungen und das Wissen um den Rauswurf von Smith und Carlos, weitere Protestaktionen farbiger Sportler



Links: Sowjetische Hubschrauber und Panzer in Afghanistan, 23. Mai 1984. Die sowjetische Invasion in Afghanistan war einer der Gründe für den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 durch 42 Nationen. Bild: U.S. Department of Defense, wikimedia – Rechts: Südafrikanische Schwimmer bei den Olympischen Spielen in Rom 1960: Tich McLachlan, Alex Bulley (Trainer), Laura Ranwell, Aubrey Burer. Bild: swimhistory.org

und Sportlerinnen. Doch die Proteste von Bob Beamon, Ralph Boston (Gold und Bronze im Weitsprung), der 4x400-Meter-Staffel der Männer sowie jene der 4x100-Meter-Staffel der Frauen (jeweils Gold) erregten im Vergleich zum Protest von Smith und Carlos wenig Aufsehen.¹²

Die Proteste von Athletinnen und Athleten während der Spiele in Mexiko City 1968 zeigen eindeutig, daß Menschenrechtsproteste von Aktiven ins sportliche Feld transportiert wurden, und die Olympischen Spiele als immer größer werdendes mediales Ereignis als öffentliche Plattform für Menschenrechtsproteste genutzt wurden. Auch zeigen die Diskussionen um die Teilnahme Südafrikas im Vorhinein der Spiele, wie stark

die Menschenrechtsthematik in den sechziger Jahren die Olympische Bewegung beschäftigte.¹³

Am Beispiel der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 sieht man jedoch, daß auch von politischer Seite her das Thema Menschenrechte auf den Sport projiziert wurde. Bereits kurz nach der Vergabe der Spiele an Moskau bei der 75. IOC-Session in Wien am 23. Oktober 1974 gab es erste Boykottdiskussionen um den gewählten Austragungsort. Anlaß dazu gaben die Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion, allen voran die Inhaftierung, Verurteilung und Verbannung politisch Andersdenkender. Vor allem in den USA und in Westeuropa wurde ein Boykott stark diskutiert, jedoch

noch nicht von staatlicher Seite unterstützt. Dies sollte sich erst mit dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan Ende 1979 ändern. Das IOC erklärte am 14. Januar 1980 in einer Pressemitteilung, daß es trotz der Vorkommnisse in Afghanistan keine Änderung des Schauplatzes für die Olympischen Sommerspiele 1980 geben werde. Einen Tag später verurteilte die Generalversammlung der Vereinten Nationen die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan. Am darauffolgenden Tag drohte US-Außenminister Cyrus Vance in einem TV-Interview mit einem Boykott der Spiele, sollten die sowjetischen Truppen nicht binnen eines Monats aus Afghanistan abziehen. Schließlich forderte US-Präsident Jimmy Carter das USOC dazu auf, beim IOC auf Verlegung beziehungsweise Absage der Spiele in Moskau zu drängen oder andernfalls nicht teilzunehmen.¹⁴ Bekanntermaßen fanden die Olympischen Sommerspiele in Moskau wie geplant statt, was schließlich zum Boykott von insgesamt 42 Nationen führte, dazu kamen 24 Staaten, die ohne ausdrückliche Boykott-erklärung auf eine Teilnahme verzichteten beziehungsweise vom IOC suspendiert waren.¹⁵ Neben dem Einmarsch in Afghanistan wurden bei den boykottierenden Staaten in erster Linie die schon seit Jahren kritisierten Menschenrechtsverletzungen als Grund für das Fernbleiben von den Spielen angeführt.

Für den Boykott der Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles zeigt sich, daß auch hier Menschenrechtsfragen eine Rolle spielten. Die USA und der Westen sahen im Fernbleiben der Sowjetunion sowie seiner Verbündeten eine »Retourkutsche« für Moskau 1980, die boykottierenden Staaten, allen voran die Sowjetunion, begründeten hingegen ihre Nichtteilnahme mit dem Antisowjetismus sowie der Sicherheitsproblematik der Spiele. Dabei spielte die Organisation *Ban the Soviets* in den USA eine große Rolle. Sie stellte eine Koalition von über 160 Vereinigungen dar, die als Ziel hatten, sowjetische Sportler und Sportlerinnen, Funktionäre und Funk-



tionärinnen, von der Teilnahme an den Spielen in Los Angeles auszuschließen. Bei den Nationalen Olympischen Komitees Chinas, Malaysias, Singapurs, Südkoreas und Zimbabwes trafen zudem im Mai 1984 rassistische Briefe des Ku-Klux-Clans und verwandter Organisationen ein, die zum Ziel hatten, die genannten Staaten von der Teilnahme an den Olympischen Spielen abzubringen.¹⁶

Neben diesen stark vom Kalten Krieg beeinflussten sportpolitischen Ereignissen, in denen Menschenrechte, deren Wahrung beziehungsweise Mißachtung eine oft nicht unwesentliche Rolle gespielt hatten, mußte sich das Internationale Olympische Komitee bereits seit Ende der fünfziger Jahre mit einer anderen, politisch brisanten und menschenrechtsverletzenden Entwicklung in Südafrika auseinandersetzen.

Südafrikas Apartheidpolitik und das IOC

Anläßlich eines Treffens des IOC-Exekutivkomitees mit Vertretern der Nationalen Olympischen Komitees in Rom 1959 wies Sergej Romanov, sowjetisches Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, auf die seit Jahren bestehende Rassendiskriminierung im südafrikanischen Sport hin. Da diese klar gegen die Olympische Charta verstieß, verlange Romanov vom IOC, das Nationale Olympische Komitee Südafrikas (SAOC) aufzufordern, Schritte gegen die Apartheidpolitik und ihre Auswirkungen auf den südafrikanischen Sport zu setzen. Auf der folgenden 55. Session des Internationalen Olympischen Komitees im Mai 1959 wurde der Fall Südafrika vertiefend diskutiert. Erneut forderte Romanov das IOC dazu auf, das SAOC an die Einhaltung der Grundprinzipien der Olympischen Charta zu erinnern. Der Vorwurf der Rassendiskriminierung im südafrikanischen Sport wurde vom SAOC zurückgewiesen, vielmehr stünde allen Sportlerinnen und Sportlern in Südafrika die Möglichkeit offen, nach erfolgreicher nationaler Qualifikation an den Olympi-

schen Sommerspielen 1960 in Rom teilzunehmen. Laut SAOC hatte jedoch keine schwarze Athletin und kein schwarzer Athlet diese Qualifikationsnormen erfüllt.¹⁷

Dagegen hielt die South African Sport Association (SASA), eine im Januar 1959 gegründete, nichtrassische Sportorganisation, daß in Südafrika kein Fachverband »gemischtrassige« Ausscheidungswettkämpfe zuließ, kein dem SAOC angehöriger Verband Farbigen grundsätzlich die Mitgliedschaft ermöglichte und einzelne Angebote an schwarze Sportlerinnen und Sportler mit der Forderung auf Akzeptanz der Apartheid verbunden waren.¹⁸ Die Vorwürfe der SASA fanden beim IOC jedoch keine Beachtung, für die Olympischen Sommerspiele in Rom 1960 begnügte sich das Internationale Olympische Komitee mit der Zusage der südafrikanischen Regierung, daß zumindest theoretisch auch farbige Sportlerinnen und Sportler entsandt würden.¹⁹ Tatsächlich bestand die Olympia-Mannschaft Südafrikas 1960 ausschließlich aus weißen Athletinnen und Athleten.

Auch nach den Spielen von Rom schien sich in der Südafrika-Politik des IOC wenig zu ändern. Selbst als der neue südafrikanische Innenminister Jan De Klerk in den Jahren 1961 und 1962 wiederholt erklärte, die seit 1956 bestehenden Prinzipien der Sportpolitik beizubehalten²⁰, reagierte das Internationale Olympische Komitee verhalten. Lediglich fünf IOC-Mitglieder sprachen sich auf der 59. IOC-Session im Juni 1962 in Moskau für die sofortige Suspendierung des SAOC aus. Stattdessen wurde Südafrika zur Änderung seiner Rassendiskriminierungspolitik im olympischen Sport Zeit bis zur IOC-Session in Nairobi im Oktober 1963 gewährt.²¹

Noch im Oktober 1962 in Durban konstituierte sich das »South African Non Racial Olympic Committee« (SANROC), dessen Ursprung in der SASA lag, um sich selbst beim Internationalen Olympischen Komitee zu bewerben, in Verhandlungen mit dem SAOC zu treten und um eine Verfassung gemäß der

Olympischen Charta zu entwerfen. Auch wenn die Aufnahmeforderung des SANROC verständlich war, die Umsetzung war wegen der Unmöglichkeit der Einhaltung der Nichtdiskriminierungsregel unter dem Apartheidregime aussichtslos. Trotz intensiver Bemühungen des SANROC in den Jahren 1962 und 1963, blieb eine Aufnahme in die Olympische Bewegung unmöglich und wurde in den folgenden Jahren durch den späteren Dachverband des nichtrassischen Sports in Südafrika (SACOS) nicht mehr angestrebt. Doch dem SANROC gelang es, das IOC verstärkt auf die Südafrika-Problematik aufmerksam zu machen. Der Olympischen Bewegung war es von nun an unmöglich, das Apartheidregime und dessen Auswirkungen auf den (südafrikanischen) Sport als Randproblem wahrzunehmen. Nicht zuletzt die sozialistischen Staaten fühlten sich durch das SANROC und dessen Forderungen an ihre Verpflichtungen im Kampf gegen den Rassismus erinnert. Dies führte dazu, daß die Frage der Teilnahme einer südafrikanischen Mannschaft bei den Olympischen Sommerspielen 1964 in Tokio ab Ende 1962 virulent wurde. Da sich sowohl das Südafrikanische Olympische Komitee wie auch die südafrikanische Regierung weiterhin entschlossen gegen eine gemischtrassige Mannschaft für die Spiele 1964 aussprachen, forderte das SANROC im April 1964 das Nationale Olympische Komitee Japans (JOC) dazu auf, keine Einladung an das SAOC zu richten.²²

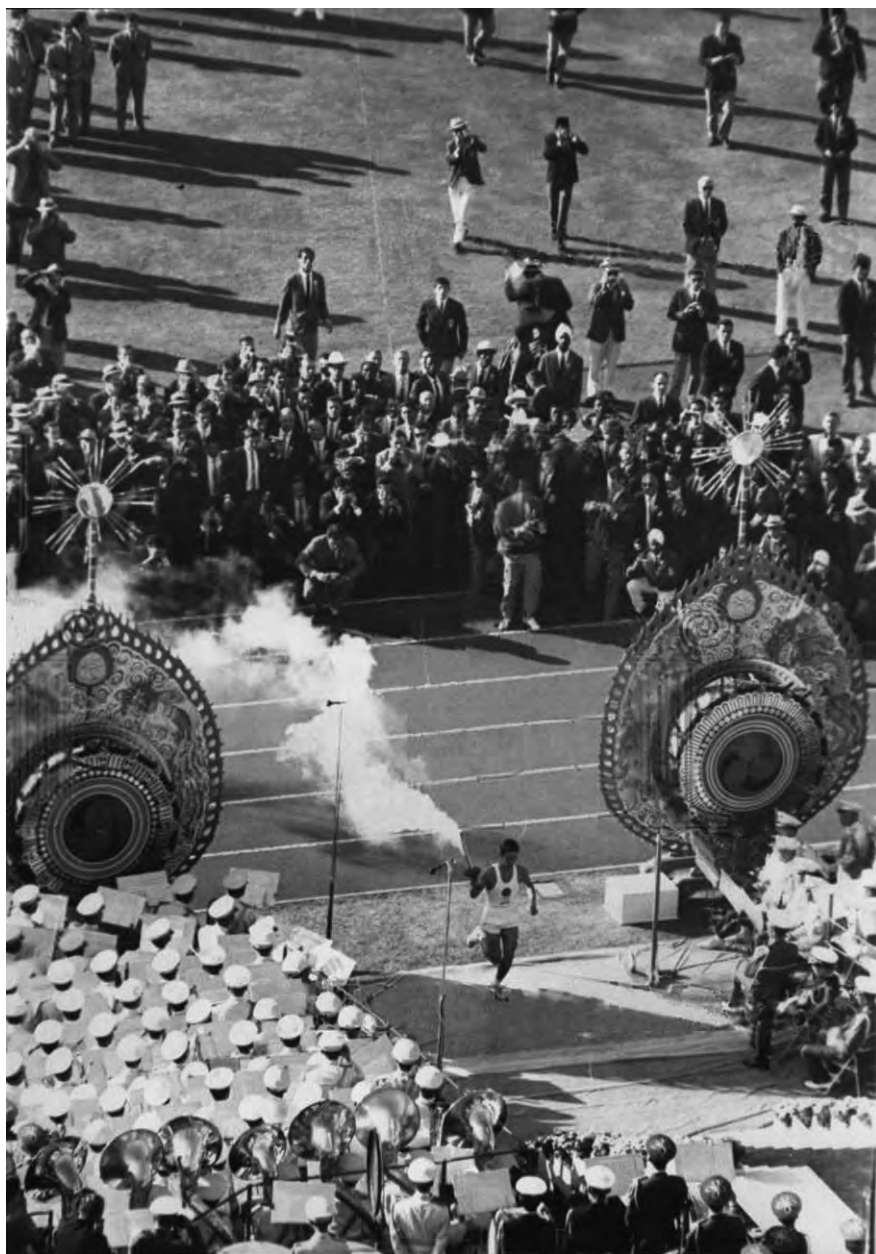
Ein Ausschluß Südafrikas von den Olympischen Sommerspielen 1964 schien bereits im Jahr 1963 immer wahrscheinlicher zu werden, sollte Südafrika und dessen Nationales Olympisches Komitee sich nicht in der Lage zeigen, die Prinzipien der Olympischen Charta zu erfüllen. Doch trotz dieser offensichtlichen Nichterfüllung der bereits auf der IOC-Session von Moskau 1962 aufgestellten Forderungen gelang es Südafrika zunächst, dank einer starken Lobby innerhalb des IOC, unmittelbare Konsequenzen zu verhindern. Dem SAOC wurde ein Aufschub bis zum 31. Dezember 1963 gewährt, einen Wandel der Regierungspolitik die Diskriminierungen im Sport betreffend, sowie um die Durchführung gemischtrassiger Sportveranstaltungen durchzusetzen. Würde dies nicht geschehen, wäre eine Teilnahme Südafrikas bei den Spielen in Tokio unmöglich.²³

Obwohl dem SAOC zweimal eine Fristverlängerung auf Mitte Jänner beziehungsweise Mitte August 1964 gewährt wurde, sah das Internationale Olympische Komitee keinerlei Umsetzungsversuche der geforderten Teilnahmebedingungen. Vielmehr sprach

Eröffnung der Olympischen Spiele in Tokio 1964. Aufgrund der Apartheid-Bestimmungen wurde Südafrika bei diesen Spielen nicht mehr zugelassen. Bild: wikimedia

sich die südafrikanische Politik weiterhin verstärkt gegen die Entsendung einer »gemischtrassigen« Mannschaft aus. Damit war endgültig klar, daß das auf der IOC-Session in Baden-Baden 1963 angekündigte Startverbot in Kraft treten würde. Somit nahm keine Südafrikanische Olympiamannschaft an den Spielen in Tokio 1964 teil. Das SAOC war jedoch unverändert Mitglied der Olympischen Bewegung, was in den folgenden Jahren für Unruhe in der Olympischen Bewegung sorgen sollte. Das Ende 1966 gegründete Supreme Council of Sports in Africa (SCSA), dem 32 Mitgliedstaaten angehörten, hatte zum Hauptziel, die Apartheid im südafrikanischen Sport zu bekämpfen. Das Council forderte das IOC dazu auf, Südafrika von den Olympischen Spielen auszuschließen. Geschehe dies nicht, stellte das SCSA die Möglichkeit eines Boykotts der Olympischen Sommerspiele 1968 in Mexiko City in Aussicht. Da das IOC und sein Präsident Avery Brundage »Fortschritte« im südafrikanischen Sport sahen, schien eine Teilnahme bei den Spielen 1968 wahrscheinlich – auch nachdem eine 1966 eingesetzte Kommission des IOC im September 1967 zehn Tage lang Südafrika besuchte und im Januar 1968 einen positiven Bericht abgab. Bis zum 15. Februar 1968 stimmte eine absolute Mehrheit der IOC-Mitglieder für eine südafrikanische Olympiateilnahme in Mexiko City, das Organisationskomitee der Spiele wurde gebeten, dem SAOC unverzüglich eine Einladung zu übermitteln.²⁴

Als Konsequenz auf die Wiederzulassung Südafrikas zogen mit Ausnahme von Malawi alle afrikanischen Staaten ihre Teilnahmebestätigungen für Mexiko City zurück. Selbiges galt für die außerafrikanischen Staaten Syrien, den Irak, Pakistan, Indonesien, Kuwait, Saudi Arabien, Guyana, Barbados und Trinidad. Teilnahmeverzicht waren ebenso von Indien, Malaysia, der Sowjetunion sowie des Ostblocks zu befürchten. Unter diesen Boykottandrohungen faßte das IOC-Exekutivkomitee auf seiner Sitzung am 20. und 21. April 1968 den einstimmigen Beschluß, die Mitglieder des IOC zur



Zurücknahme der südafrikanischen Einladung aufzufordern. Dies wurde bei der IOC-Generalversammlung mit 47 zu 16 Stimmen bei 8 Enthaltungen beschlossen – Südafrika würde in Mexiko City nicht an den Olympischen Spielen 1968 teilnehmen. Der endgültige Ausschluß Südafrikas aus der Olympischen Bewegung erfolgte auf der 71. IOC-Session in Amsterdam. Damit wurde erstmals überhaupt ein Staat beziehungsweise ein Nationales Olympisches Komitee von der Olympischen Bewegung ausgeschlossen.²⁵

Nach dem Ausschluß war Südafrika sportlich weitestgehend isoliert, dies verstärkte sich nicht zuletzt mit dem Beginn der IOC-Präsidentschaft Lord Michael Killanins 1972. Der Fall Südafrika sorgte jedoch in der Olympischen Bewegung vor den Sommer-

spielen 1976 in Montreal für Aufsehen, weil Neuseeland die Isolation durch Sportbeziehungen mit Südafrika durchbrach. Dies hatte den Boykott von sechzehn afrikanischen Staaten zur Folge.²⁶ Somit war Südafrika auch Jahre nach seinem Ausschluß ein strittiges Thema, in dem Menschenrechte beziehungsweise deren Mißachtung eine große Rolle spielten. Dies sollte sich, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, bis zur Wiederaufnahme Südafrikas in die Olympische Bewegung 1991 fortsetzen.

Das IOC und sein Umgang mit Menschenrechten: Fehlen einer sporthistorischen Analyse

Die Geschichte sowie die Entwicklung von Menschenrechten haben in der Wissenschaft bereits großes Interesse hervorgerufen und

sind nicht nur aus historischer sondern in erster Linie auch aus politikwissenschaftlicher und juristischer Perspektive genau betrachtet worden.²⁷ Diese Arbeiten beschäftigen sich jedoch kaum mit anderen internationalen Organisationen abseits der Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen. Vor allem internationale Sportorganisationen, wie das Internationale Olympische Komitee, bilden bis heute zu einem hohen Grad Lücken im Forschungsfeld der Menschenrechte, lediglich für den Zeitraum ab der neunziger Jahre gibt es vereinzelte wissenschaftliche Untersuchungen.²⁸ Diese Forschungslücke der Zeit vor den neunziger Jahren zu füllen soll als das Hauptanliegen meiner Dissertation angesehen werden. Den Kern des Quellenmaterials, um eine sporthistorische Analyse durchführen zu können, bilden sicherlich die Materialien in den Historical Archives of the Olympic Studies Centre in Lausanne. Diese bestehen unter anderem aus sämtlichen IOC-Publikationen seit seiner Gründung 1894, die Korrespondenzen des Internationalen Olympischen Komitees und seiner Mitglieder intern sowie extern, sowie alle Abschriften der IOC-Sessions und des Executive Board, sowie aller (temporären) Arbeitsgruppen und Kommissionen. Da die Archivsperrn für diese Materialien zwanzig beziehungsweise dreißig Jahre betragen, ist eine umfassende Nutzung für den Zeitraum von 1948 bis 1980 in jedem Fall gegeben.

Einen weiteren wichtigen Quellenbestand bilden die *Olympic Reviews* und die *Official Olympic Reports*, welche regelmäßige Veröffentlichungen des IOC darstellen. Selbstverständlich spielen auch die Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) für dieses Forschungsvorhaben eine große Rolle, vor allem wenn sie etwa wie jenes von Norwegen, den Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau mit der Menschenrechtslage in der Sowjetunion begründeten.²⁹

Aber auch Quellen von Organisationen außerhalb der Olympischen Bewegung sind von großer Wichtigkeit für meine Dissertation. Hierzu zählen Nichtregierungsorganisationen wie etwa Amnesty International oder die bereits erwähnte Bürgerrechtsbewegung Olympic Project for Human Rights. Nur durch Miteinbeziehung dieser externen Quellen kann die wechselhafte Beziehung zwischen Menschenrechten und Sport in einer adäquaten Form untersucht werden.

Obwohl einige der internationalen Organisationen, welche vor Beginn des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, in den letzten Jahren wieder verstärkt das Interesse von Historikern und Historikerinnen auf sich

gezogen haben³⁰, fand das IOC, wenn überhaupt, vorwiegend aus politikwissenschaftlicher Sicht Eingang in wissenschaftliche Untersuchungen.³¹ Es ist von essentieller Bedeutung, daß das Internationale Olympische Komitee als zentrales Gremium der weltgrößten Sportorganisation der Olympischen Bewegung als Nichtregierungsorganisation gesehen wird, die sich globalen Entwicklungen und Problemen zu stellen hatte und noch immer hat. Diese Entwicklungen und Probleme müssen sich nicht unbedingt in erster Linie auf Sport beziehen, können aber dennoch große Auswirkungen auf das sportliche Feld haben. Der Prozeß der Implementierung der UN-Menschenrechtscharta ab 1948 ist eine ebensolche Entwicklung. Ihren Einfluß auf den Umgang mit sportpolitischen Themen, wie etwa die beschriebenen Proteste bei den Spielen 1968, den Boykott von 1980 und 1984 oder der Südafrika-Frage, historisch aufzuarbeiten und zu analysieren, steht noch aus. Auch gibt es keine adäquaten Arbeiten zum Einfluß der UN-Menschenrechtscharta auf wichtige sportpolitische Fragen und Entscheidungen, wie etwa die Einführung der Paralympics und der Special Olympics, die Gleichberechtigung von Athletin und Athlet, sowie das überaus heikle Thema Doping.

Anmerkungen

1. Human Rights Watch: <http://www.hrw.org/russians-olympian-abuses>.
2. Olympische Charta (2013): http://www.olympic.org/Documents/olympic_charta_en.pdf, 11.
3. Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: <http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html>.
4. Olympische Charta (1996): http://doc.rero.ch/record/27399/files/1996-Olympic_Charter.pdf, 9.
5. Humanitarian Assistance through Sport: <http://www.olympic.org/news/humanitarian-assistance-through-sport/209698>.
6. United Nations Office on Sport for Development and Peace (UNOSDP): <http://www.un.org/wcm/content/site/sport/home/unplayers/unoffice>.
7. Christoph Vedder/Manfred Lämmer, *Olympische Charta 2014*, Frankfurt am Main 2014, 67.
8. Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: <http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html>, Artikel 19.
9. Das Massaker in Tlatelolco zehn Tage vor Eröffnung der Spiele, bei dem nach Schätzungen etwa dreihundert Studenten getötet wurden, bildete dabei den traurigen Höhepunkt der Unruhen in Mexiko. Brian Glanville, Murder

in Mexico, *Sport on Trial. X index on censorship* 41/2, 2012, 71–75.

10. Diese gehörte, auch wenn es der Name anders vermuten läßt, nicht der Olympischen Bewegung an.
11. Dave Zirin, *What's my name, fool? Sports and Resistance in the United States*, Chicago 2005, 74.
12. Peter Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele. Analyse des Stellenwertes der Olympischen Spiele als Faktor der nationalen und internationalen Politik unter besonderer Berücksichtigung der zentralen Konfliktformationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1993, 98.
13. Mehr dazu im Kapitel *Südafrika und das IOC* in diesem Artikel.
14. Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele* (Anm.12), 233–236.
15. Ebenda, 244.
16. Ebenda, 251–252.
17. Rolf Pfeiffer, *Sport und Politik. Die Boykottdiskussionen um die Olympischen Spiele von Mexiko City 1968 bis Los Angeles 1984*, Frankfurt am Main 1987, 79f.
18. Ebenda, 80.
19. Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele* (Anm.12), 492–493.
20. 1) Weiße und Schwarze haben ihre Sportveranstaltungen getrennt zu organisieren. 2) Es gibt keine zwischenrassischen Wettkämpfe in Südafrika. 3) Ausländische Sportler haben sich den südafrikanischen Gewohnheiten zu unterwerfen. 4) Unter Beachtung dieser Voraussetzungen werden Weiße und Schwarze nicht an Auslandsreisen gehindert, noch wird es ausländischen Schwarzen verwehrt, gegen südafrikanische Schwarze anzutreten. Evening Post (Port Elizabeth), 23.11.1961.
21. Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele* (Anm.12), 493.
22. Pfeiffer, *Sport und Politik* (Anm. 17), 82–83.
23. Ebenda, 83–85.
24. Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele* (Anm.12), 496–497.
25. Ebenda, 500–517.
26. Ebenda, 502–503.
27. Beispielsweise Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010; Roger Normand/Sarah Zaidi, *Human Rights at the UN. The Political History of Universal Justice*, Bloomington 2008.
28. Beispielsweise Richard Giulianotti/David McArdle (Hg.), *Sport, Civil Liberties and Human Rights*, London/New York 2006.
29. Filzmaier, *Politische Aspekte der Olympischen Spiele* (Anm.12), 265.
30. Sandrine Kott, *International Organizations – A Field of Research for a Global History*, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, online edition, 8 (2011), H.3, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Kott-3-2011>.
31. Beatriz García, *The Olympic Games and cultural policy*, London 2012.

Mag. Michael Reiter, mi.reiter@univie.ac.at